



POLITIK / REDAKTION

Jemen - imperiale Muskelspiele ...

(SB) - Im Jemen sind die im vergangenen Herbst aufgekommenen Hoffnungen auf eine Beendigung des Kriegs verfliegen. Das Gegenteil ist der Fall. An mehreren Fronten wird seit Mitte Januar so heftig gekämpft, wie seit Beginn des Kriegs im März 2015 nicht mehr. Selbst aus der Hafenstadt Hudeida am Roten Meer, wo letztes Jahr unter internationaler Vermittlung ein örtlicher Waffenstillstand vereinbart werden konnte, um die Versorgung der Bevölkerung in der von den schiitischen Huthi-Rebellen beherrschten Nordwesthälfte des Landes mit ... (S. 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Landminen - USA baut militärische Konsequenzen aus ...

(SB) - Das Leitmotiv Donald Trumps, die Vereinigten Staaten allem und jedem voranzustellen, um sie wieder in den Rang einzigartiger Größe zu erheben, trägt auf krude und brachiale Weise dem drohenden Abstieg der Supermacht Rechnung. Diese Maxime schließt die sofortige Konfrontation mit Rußland und China ebenso wie einen rabiaten Umgang mit Verbündeten ein, da der US-Präsident keinem ... (S. 7)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

"Nein zu den illegitimen, illegalen und verhassten Schulden"



Foto: © ANRed

(Buenos Aires, 27. Januar 2020, ANRed) - Am 21. Januar hat die argentinische Regierung unter Alberto Fernández dem Kongress einen Gesetzesentwurf zum Umgang mit der Auslandsverschuldung vorgelegt. Dieser Entwurf erntet zunehmend Kritik hinsichtlich der wirtschaftlichen Belastung für die ohnehin geschwächte und abgewertete Wirtschaft Argentiniens. Die Gruppierung Diálogo 2000-Jubileo Sur Argentina hat zum Protest am 29. Januar vor dem Nationalkongress aufgerufen, um "die Einstellung der Zahlungen und Untersuchungen

zu den illegitimen, illegalen und verhassten Schulden" einzufordern. Außerdem, so der Aufruf, "sollen jene zahlen, die sich an dem Schuldenbetrug bereichert haben". Unter dem Motto "Aufstehen gegen die Schulden und den IWF" läßt der Aufruf von Diálogo 2000-Jubileo Sur Argentina dazu ein, "eine neue landesweite Kampagne loszutreten, damit die Bevölkerung und die Natur nicht weiterhin bezahlen müssen, was sie nicht verschuldet haben". Weitere Organisationen, Vereinigungen, Asambleas, politische Parteien und Persönlichkeiten sind eingeladen, sich dem Aufruf anzuschließen.

Macri wäscht seine Hände in Unschuld

"Die neue Regierung hat den sozialen Notstand ausgerufen und bestätigt, dass die Auslandsverschuldung nicht bezahlbar ist. Gleichzeitig bekräftigt sie ihr Vorhaben, die Verschuldung so schnell wie möglich neu zu verhandeln - ohne jedoch Transparenz zu schaffen und die Öffentlichkeit adäquat darüber zu informieren. Bevor die Schulden weiterhin bedient werden, muss deren Entstehung und deren Verwendung in Frage gestellt werden, ebenso die Bedingungen, die der IWF und weitere Gläubiger aufstellen. Die soziale Schuld hat Vorrang vor jedweder finanziellen Forderung", sagt die Organisation Diálogo 2000.

Am 25. Januar gab Ex-Präsident Mauricio Macri öffentlich zu, dass die Rekord-Auslandsverschuldung, die seine Regierung beim IWF aufgenommen hatte, nicht gangbar gewesen sei. Auf einem Treffen mit Politiker*innen der Partei Republikanischer Vorschlag PRO (Propuesta Republicana) in der Provinz Neuquén zog Macri eine Bilanz seiner Regierungszeit, die am 10. Dezember 2019 nach vier Jahren endete. Er sagte: "Ich war in der Verantwortung für 44 Millionen [Einwohner*innen] und ich wusste, dass wir nicht ewiglich weitere Schulden aufnehmen können, aber ich konnte auch an keinem Ende sparen. Auch innerhalb der Partei Cambiemos gab es Probleme." Und weiter kommentierte er, als habe er mit dem Ganzen nichts zu tun und als trage er keine Verantwortung für die Aufnahme der Schulden: "Ich habe immer allen gesagt: Vorsicht, ich kenne die

Märkte, eines Tages geben sie dir kein Geld mehr und wir sind verloren. Nein, bleib ruhig, man muss weitermachen, sagten sie zu mir."

Untersuchung zu der Legimität der Schulden gefordert

"Ein Drittel der Bevölkerung lebt heute unter hoffnungslosen Bedingungen der Armut, der prekären Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit. Sie lebt in belasteten Umgebungen ohne Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Besonders Frauen sind von der Krise betroffen: Auch die Sparpolitik ist eine Form patriarchaler Gewalt. Dieser Rückschritt bei unseren Menschenrechten hat sich vor allem im Rahmen der Akkumulation öffentlicher Schulden der letzten Jahre gezeigt, besonders deutlich nach dem Abkommen mit dem IWF, das hinsichtlich der Legalität und Legitimität stark in Zweifel gezogen wird", so Diálogo 2000.

Diálogo 2000 hält es aus den genannten Gründen für "dringend notwendig, eine breite Kampagne zu initiieren, um die Zahlungen zu stoppen und mit einer umfassenden und partizipativen Prüfung der Schulden zu beginnen. Gleichzeitig muss das Übereinkommen mit dem IWF und die Verschuldung als Mechanismus der Macht angeprangert werden". Darüber hinaus schreibt die Gruppierung, dass die "angebliche Nachhaltigkeit der öffentlichen Verschuldung nicht in einer Politik der Plünderung, Umweltverschmutzung, Exklusion und dem Verlust von Arbeitsrechten und sozialen Rechten bestehen kann."

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/nein-zu-den-illegitimen-illegalen-und-verhassten-schulden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtsch/pwi00379.html>

Kooperationspartner



Pressenza

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

"Es zeichnet sich eine humanitäre Krise ab"

(Quito, 24. Januar 2020, alai/npla)
- Allein im Januar 2020 wurden 27 Anführer*innen [1] sozialer Bewegungen in Kolumbien ermordet. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im November 2016 ereigneten sich insgesamt mehr als 800 Morde an Aktivist*innen sowie 170 Morde an ehemaligen Kämpfer*innen der Guerillabewegung der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC). Es zeichnet sich eine ernsthafte humanitäre Krise ab, der jedoch nicht mit ausreichend Ernsthaftigkeit und Effizienz begegnet wurde und wird - weder durch die aktuelle Regierung von Iván Duque Márquez, noch während der Vorgängerregierung unter Juan Manuel Santos, unter der die Friedensgespräche mit der ehemaligen Guerillabewegung FARC eingeleitet und zu einem Ergebnis gebracht wurden.

Die Anführer*innen sozialer Bewegungen treten mit Klarheit und Schlagfertigkeit für ihre Anliegen ein und werden genau deshalb ermordet. Der afro-kolumbianische Aktivist Leyner Palacios Asprilla überlebte das Massaker in Bojayá (Chocó) im Jahr 2002. In einem Brief an Präsident Iván Duque informierte er über die Anwesenheit von mehr als 300 bewaffneten Männern in seiner Gemeinde. In seinem Brief vom 8. Januar 2020 signalisierte er dem Präsidenten weiterhin, dass "die Hand-

lungen paramilitärischer Gruppen der Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AGC), auch "Clan del Golfo" genannt, in Absprache mit den öffentlichen Sicherheitskräften in den Regionen des Atrato-Flusses und des Pazifiks stattfinden. Dies steht im Widerspruch zu einer Regierung, die sich für die Gesetzmäßigkeit ihrer Handlungen ausspricht." Weiterhin wies er darauf hin, dass die Anwesenheit von mehr als 300 bewaffneten Männern in der Gemeinde von Pogue und anderen Nachbarorten nahe dem Fluss Bojayá zunehmend Schrecken verbreitet. So kam es in den vergangenen Monaten in einigen Gemeinden zu körperlichen und sexuellen Übergriffen auf Frauen. Gleichzeitig erklärt er, dass die Präsenz der Guerilla der Nationalen Befreiungsarmee ELN sich verstärkt hat. Die Übernahme des Territoriums resultiert in Angst und einer unmittelbaren Gefahr für die Gemeinden aufgrund der damit einhergehenden Kriegshandlungen, wie der Installation von Minen, die gegen Menschen eingesetzt werden.

Drogenhandel und illegale Absprachen stehen der Umsetzung des Friedensabkommens im Weg

Palacios kritisiert, dass sich die Regierung trotz der kritischen Si-

tuation in der Region nur für Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Drogenhandel verantwortlich fühlt. "Es ist allgemein bekannt, dass historisch betrachtet der Konflikt in der Region, ebenso wie der Drogenhandel, mit der Entwicklung des industriellen Bergbaus, der Palmölproduktion sowie der Implementation von Megaprojekten im Bereich Infrastruktur einhergingen." Abschließend erläutert er, dass eine Politik implementiert werden müsse, die den indigenen und afroamerikanischen Völkern der Region Autonomie in der Kontrolle ihrer Territorien garantiert. Dafür bedürfe es zunächst einer vollständigen Umsetzung des Friedensabkommens. So besteht in der gesamten Region ein Konsens darüber, dass der Kampf gegen den Drogenhandel weitergeführt und der Anbau illegaler Nutzpflanzen gestoppt werden müsse. Gleichzeitig sollten die Verhandlungen mit der ELN-Guerilla und den paramilitärischen Gruppen aufrechterhalten werden, um diese langfristig unter staatliche Kontrolle zu bringen.

Palacios nennt deutlich das größte Problem, welches hinter der Ermordung von Anführer*innen sozialer Bewegungen steht - nicht nur in Chocó und der Pazifik-Region Kolumbiens, sondern auch in anderen Teilen des Landes wie

Antioquia, Cauca, Putumayo und im Norden von Santander, wo sich die Mehrheit der Morde an sozialen Aktivist*innen und ehemaligen Kämpfer*innen der FARC ereignet hat. Ursache des Problems sind laut Palacios die Absprachen der öffentlichen Streitkräfte mit illegalen bewaffneten Organisationen und besonders mit den paramilitärischen Gruppen, welche in der Region vertreten sind. In stark militarierten Gebieten wie den oben genannten sind paramilitärische Gruppen täglich präsent, verdrängen die Bevölkerung, ermorden Anführer*innen sozialer Bewegungen und beherrschen das Gebiet mit ihren Aktivitäten in Verbindung mit dem Drogenhandel. Dies ist nur möglich, da sie die Nationalarmee und die Polizei infiltriert haben und darüber hinaus gut in der lokalen Regierung vernetzt sind. Im Gegenzug dafür beteiligen sich die paramilitärischen Gruppen an der Finanzierung politischer Kampagnen.

Umsetzung des Friedensvertrags besteht oft nur auf dem Papier

Solange es keine ernsthaften politischen Bemühungen gibt, die paramilitärischen Organisationen zu kontrollieren, wird Kolumbien auch weiterhin Morde an sozialen Aktivist*innen erleben, vor allem in den Gemeinden, die sich gegen den Anbau von Koka und den illegalen Bergbau einsetzen, von dem die kriminellen Gruppen leben. Das Friedensabkommen mit der FARC beinhaltet die notwendigen Maßnahmen und benennt die zuständigen Handlungsakteur*innen, die diese Politik umsetzen müssen. Das Abkommen

sieht eine Nationale Kommission für Sicherheit vor, die sich zusammensetzt aus den Ministern für Verteidigung und Inneres, der Generalstaatsanwaltschaft und der Bürger*innenvertretung sowie aus fünf Vertreter*innen der Organisation für Menschenrechte, dem Generalkommandant des Militärs und der Streitkräfte und dem Direktor der Landespolizei. Vorsitzender des Gremiums ist der Präsident der Republik. Die Kommission soll eine Politik zur Auflösung paramilitärischer Gruppen erarbeiten und im Rahmen dessen eine eigenständige Einheit in der Generalstaatsanwaltschaft sowie eine Eliteeinheit bei der Polizei schaffen. Finanziert werden soll dies aus eigenen Mitteln sowie aus dem Staatshaushalt. Außerdem sollen die Mittel für weitere Ermittlungsbeamte bereitgestellt werden.

All dies existiert bislang nur auf dem Papier. In den rund 18 Monaten, die die Regierung Duque im Amt ist, trat die Kommission nur dreimal zusammen, obwohl laut dem Abkommen mindestens einmal im Monat eine Versammlung abgehalten werden muss. Somit hat die Kommission ihrer Hauptaufgabe, die Bekämpfung paramilitärischer Strukturen, vernachlässigt. Erst kurz bevor die Krise aufgrund der steigenden Morde an sozialen Aktivist*innen ihren Höhepunkt erreichte, ist die Kommission erneut zusammengetreten, jedoch kann sie die Kontinuität und Verlässlichkeit ihrer Arbeit nicht gewährleisten.

Mit Blick auf die Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft, die mit der Konfrontation und der Bekämpfung krimineller Strukturen beauftragt ist, muss man berück-

sichtigen, dass der korrupte ehemalige Staatsanwalt Néstor Humberto Martínez durch den Missbrauch seines Amtes die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft völlig untergraben hat. Daher gleicht diese heute einem ineffizienten Bürokratieapparat, der keinerlei Ergebnisse erzielt. Daher ist Leyner Palacios Einschätzung nicht nur richtig, sondern kann ebenso auf die im Friedensvertrag verankerten Handlungsleitlinien gegen paramilitärische Gruppen übertragen werden.

Kritik an der Regierung bringt erneut Menschen auf die Straßen

Besonders der rasante Anstieg der Morde an ehemaligen Kämpfer*innen der Guerilla und den Anführer*innen sozialer Bewegungen war Auslöser der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung am 21. Januar dieses Jahres in insgesamt 103 Gemeinden des Landes. Die Proteste sind Teil eines landesweiten Generalstreikes, welcher seit dem 21. November 2019 anhält. Die Bewegung erlangte zwar nicht die gleiche Größe wie die Demonstrationen im Jahr 2019, dennoch markiert sie den Beginn einer neuen Protestbewegung. Tausende Demonstrant*innen füllten die Straßen und bekräftigten, sie werden nicht aufgeben. Das ist wichtig, denn bislang hat sich die Regierung nicht bereit erklärt, mit dem Nationalen Streik-Komitee zu verhandeln. Die Herausforderung besteht nun darin, die Protestbewegung aufrecht zu erhalten. Entscheidend ist daher die landesweite Versammlung am 30. und 31. Januar in der Hauptstadt Bogotá. Dort

werden nicht nur die Inhalte der aktuellen Forderungen diskutiert, sondern auch neue Forderungen und Strategien ausgearbeitet werden. Dies sind neue, große Herausforderungen.

Anmerkung:

[1] <https://www.npla.de/thema/tagespolitik/indepaz-jeden-tag-wird-ein-aktivist-ermordet/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/es-zeichnet-sich-eine-humanitaere-krise-ab/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1953.html>

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Jemen - imperiale Muskelspiele ...

(SB) 3. Februar 2020 - Im Jemen sind die im vergangenen Herbst aufgekommenen Hoffnungen auf eine Beendigung des Kriegs verflogen. Das Gegenteil ist der Fall. An mehreren Fronten wird seit Mitte Januar so heftig gekämpft, wie seit Beginn des Kriegs im März 2015 nicht mehr. Selbst aus der Hafenstadt Hudeida am Roten Meer, wo letztes Jahr unter internationaler Vermittlung ein örtlicher Waffenstillstand vereinbart werden konnte, um die Versorgung der Bevölkerung in der von den schiitischen Huthi-Rebellen beherrschten Nordwesthälfte des Landes mit dringend benötigten Medikamenten und Lebensmitteln halbwegs aufrechtzuerhalten, werden wieder Artillerieduelle gemeldet. Hauptinitiatoren der neuen Eskalation im Jemenkrieg scheinen die USA zu sein, die den Konflikt im Armenhaus Arabiens als Teil ihrer großen Konfrontation mit dem Iran betrachten.

Nach dem spektakulären Drohnen- und Raketenangriff der Huthis auf zwei der wichtigsten Ölanlagen Saudi-Arabiens im vergangenen September waren die Kämpfe im Jemen zwischen der Ansarullah-Bewegung der schiitischen Huthis und den Streitkräften des von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterstützten Interimspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi weitgehend abgeflaut. In Muskat, der Hauptstadt Omans, trafen Vertreter Riads und Hadis mit führenden Ansarullah-Mini-

stern zusammen und diskutierten über Auswege aus dem Dauerkonflikt. Gleichzeitig ging die Zahl der saudischen Luftangriffe drastisch zurück, während sich die Huthis in Sachen Drohnen- und Raketenangriffen äußerste Zurückhaltung auferlegten.

Die Entspannungsphase nutzten die Hadi-Regierung und der separatistische Südliche Übergangsrat (Southern Transitional Council - STC), die in den Huthis den gemeinsamen Feind sehen, deren Anhänger sich jedoch im vergangenen Sommer wochenlange Kämpfe in und um Aden, dem provisorischen Sitz der Exil-Regierung Hadis, schwere Kämpfe geliefert hatten, um ihre Differenzen beizulegen. Am 9. Januar vereinbarten Hadi- und STC-Vertreter eine Truppenentflechtung sowie den Austausch von Kriegsgefangenen. Nur fünf Tage später starteten die Huthi-Gegner im Bezirk Nehm, 60 Kilometer nordöstlich von Sanaa, eine Blitzoffensive offenbar mit dem Ziel, die jemenitische Hauptstadt zu erobern und die Huthi-Administration dort ein für allemal zu stürzen.

Den Hintergrund dieser Aktion bildet der CIA-Drohnenangriff, mittels dessen die Regierung von US-Präsident Donald Trump am 3. Januar nahe dem Bagdader Flughafen Qassem Soleimani, den legendären Oberbefehlshaber der Al-Quds-Einheit der iranischen Revolutionsgarden, liqui-

dieren ließ. Laut Angaben des inzwischen zurückgetretenen irakischen Premierministers Adil Abd Al Mahdi war Soleimani in diplomatischer Mission unterwegs. Angeblich sollte er der Regierung in Bagdad, die als Vermittlerin agierte, die Antwort Teherans auf eine Friedensofferte Riads überbringen. Dazu sollte es leider niemals kommen. Angeblich haben die USA am selben Tag per Drohnenangriff versucht, im Jemen einen weiteren Al-Quds-Kommandeur namens Abdul Reza Shahlai umzubringen. Dies berichtete am 11. Januar die New York Times unter Verweis auf eigene Quellen im US-Sicherheitsapparat. Shahlai wird seitens CIA und State Department bezichtigt, die geheime militärische Zusammenarbeit des Irans mit den Huthis zu koordinieren. Ob diese Angabe stimmt, läßt sich nicht eindeutig sagen. Auch weiß niemand außer den Beteiligten selbst, ob sich Shahlai zum fraglichen Zeitpunkt überhaupt im Jemen aufhielt oder ob der angeblich fehlgeschlagene Drohnenangriff gegen seine Person überhaupt stattgefunden hat.

Jedenfalls dürfte es kein Zufall gewesen sein, daß eineinhalb Wochen nach der völkerrechtlich als Kriegaakt zu bewertenden Liquidierung Soleimanis und damit nach dem Aus für eine vorsichtige Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran die Anti-Huthi-Koalitionsstreitmacht im Jemen voll in die Offensive gegangen ist. Zum eigenen Leidwesen waren die Verteidiger von Sanaa auf den Sturmangriff bestens vorbereitet, haben ihn innerhalb von nur einem Tag in sein Gegenteil verkehrt und befinden sich seitdem selbst gewaltig auf

dem Vormarsch. In zwei Gouvernements, Al Jauf und Marib, die nordöstlich respektive östlich von Sanaa liegen und wo zuletzt die Hadi-Regierung das Sagen hatte, stoßen die Huthis immer tiefer hinein. Marib ist für die Hadi-Leute von großer strategischer Bedeutung, lagern dort doch die wichtigsten Öl- und Gasreserven des Jemen.

Bei einem Raketenangriff der Huthis auf den Stützpunkt der Hadi-Truppen namens Al Nasr in Marib kamen am 18. Januar mehr als 100 Militärangehörige ums Leben. Rund 200 von ihnen wurden dabei schwer verletzt. Für die katastrophale militärische Entwicklung der letzten Wochen machen sich Hadi-Anhänger, südliche Separatisten und sunnitische Stammeskrieger gegenseitig verantwortlich. Von einer offenbar erfolgreichen Unterwanderung der Hadi-Truppe durch Huthi-Überläufer, die gezielt Mißtrauen und Zwietracht unter ihren Gegnern säen, wird auch berichtet. Mit dem bisherigen Verlauf der Militäroperation namens "Feste Struktur" gibt sich die Ansarullah-Bewegung absolut zufrieden. Nach eigenen Angaben haben die Huthis in den letzten Wochen in Marib und Al Jauf mehr als 2500 Quadratkilometer Staatsterritorium "befreit". Zudem wollen sie Drohnen- und Raketenangriffe gegen Ziele in Saudi-Arabien wiederaufgenommen haben. Zu denen am 29. Januar von Huthi-Militärsprecher Yahya Saria genannten, angeblich getroffenen Objekten gehörten eine Raffinerie von Saudi Aramco in der Stadt Jizan, die Flughäfen von Abha und Jizan sowie ein Militärstützpunkt bei Khamis Mushait, die allesamt nahe oder an der Küste des

Roten Meers und innerhalb einer Reichweite von 200 Kilometer von der Nordgrenze des Jemen liegen.

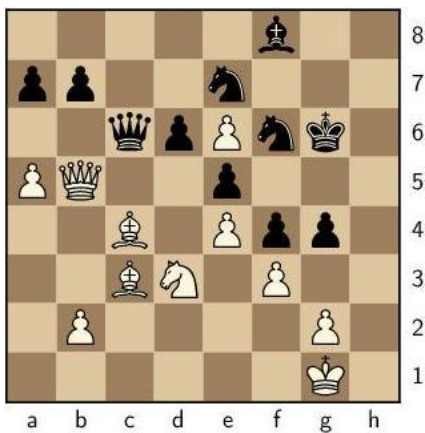
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1696.html>

SCHACH - SPHINX

Königsindische Trumpfkarte

(SB) - Obwohl Siegbert Tarrasch, der Dogmatiker unter den Theoretikern, ein entschiedener Anhänger der klassischen Zentrumslehre war, hatte er doch gewisse Sympathien für moderne Spielsysteme wie die Königsindische Verteidigung. So wandte er sie beispielsweise 1885 während der IV. Tagung des Deutschen Schachbundes in Hamburg gegen Berthold Englisch an. Wenngleich seine Erfahrungen nicht gerade positiv verliefen mit dieser damals noch jungen und weitgehend unerforschten Eröffnung, rühmte er auch später die Bemühungen anderer Kollegen, die sich in den Dienst der königsindischen Sache gestellt hatten. Die moderne Ausprägung dieses geschlossenen Spieltyps ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Geistes Kind zumal sowjetischer Meister. Allenfalls der Ex-Weltmeister Max Euwe erkannte früh in den 1920er Jahren ihre enorme Vielfalt und widmete ihr viele Analysen. Die Königsindische Verteidigung wurde zum Pfeil im Köcher vieler namhafter Meister, von denen Michail Tal, Bobby Fischer und Tigran Petrosjan die hervorstechendsten waren. In den modernen Tagen galt Garry Kas-

parow als treuer königsindischer Ritter. Sie verlangt jedoch eine genaue Einhaltung und Kenntnis der strategischen Mittel, sonst erlangt Weiß dank seines breiten Zentrums eine langanhaltende Initiative. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte sich der Nachziehende an den Strategien versündigt und Weiß gestattet, alleiniger Herr auf dem Brett zu sein. Eine aufschlußreiche Kombination untermauerte diesen Vorteil, Wanderer.



Müllner - Bencze
Fernpartie 1980

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Wichtigste Figur im Lager des Nachziehenden war der Springer auf f6, der das Matt auf h7 verhinderte. Und genau auf diese Kardinalfigur hatte es Weiß abgesehen, als er nach 1...Sd7-e5 2.Sd4xc6! spielte. Falls Schwarz den Springer schlägt, so kommt er nach 2...Se5xc6 3.Sc3-d5! Sf6-h5 4.Th1xh5 g6xh5 5.Sd5-f6 unter die Räder. Schwarz zog daher 2...Se5xd3+, mußte gleichwohl nach 3.Ke1-d2 kapitulieren, da er gegen die Drohung 4.Sc3-d5 nichts erfinden konnte.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07170.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Landminen -

USA baut militärische Konsequenzen aus ...

Landminen sind neben vielen anderen ein wichtiges Werkzeug, das unseren Kommandeuren auf dem Schlachtfeld zur Verfügung stehen muss.

US-Verteidigungsminister Mark Esper [1]

(SB) 3. Februar 2020 - Das Leitmotiv Donald Trumps, die Vereinigten Staaten allem und jedem voranzustellen, um sie wieder in den Rang einzigartiger Größe zu erheben, trägt auf krude und branchiale Weise dem drohenden Abstieg der Supermacht Rechnung. Diese Maxime schließt die sofortige Konfrontation mit Rußland und China ebenso wie einen rabiatischen Umgang mit Verbündeten ein, da der US-Präsident keinem anderen Staat oder gar Staatenbund Raum und Zeit lassen will, die USA auf die eine oder andere Weise zu überholen und somit in den Schatten zu stellen. Das mit weitem Abstand höchstverschuldete Land der Welt, dessen Wirtschaft in wachsenden Sektoren verfällt, gebietet über das mächtigste Waffenarsenal. Kraft dieser militärischen Übermacht setzt Trump Freund und Feind massiv unter Druck, wobei das aus seiner Perspektive allenfalls ein gradueller Unterschied ist.

Dieser spätimperialen Logik folgend steigt die Trump-Administration aus maßgeblichen internationalen Verträgen und Ab-

kommen aus, die ihre Handlungsoptionen einschränken könnten. Sie verzichtet damit explizit auf den Schutz durch Einbindung aller anderen Beteiligten, die sie vor sich her treiben will. Den Untergang der US-Suprematie vor Augen, geht Donald Trump davon aus, daß er wie so oft im Laufe seiner Karriere mit höchstem Einsatz pokern muß, um alle aufstrebenden Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und den Konkurs abzuwenden. Der US-Präsident, hier verstanden als Tateinheit von politischer Führungsfigur und der sich ihrer bedienenden Gemengelage einflußreicher Fraktionen der Eliten des Landes, hat das INF-Abrüstungsabkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Rußland ebenso verlassen wie das Atomabkommen mit dem Iran und das Pariser Klimaschutzabkommen. Gemessen daran ist die Mißachtung der Ottawa-Konvention zum Verbot der Landminen, welche die USA ohnehin nie unterzeichnet haben, nur ein weiterer Schritt auf derselben Bahn, die Fahrt in Richtung Abgrund im Kalkül zu forcieren, die Konkurrenz zum vorzeitigen Bremsen zu zwingen.

Ungeachtet der internationalen Ächtung von Antipersonenminen kann das US-Militär diese Waffen künftig wieder weltweit einsetzen. Unter Präsident Barack Obama hatte die US-Regierung

2014 den Einsatz der Minen auf die koreanische Halbinsel beschränkt, wo sie unter anderem entlang der demilitarisierten Zone zwischen Süd- und Nordkorea eingesetzt werden. Die "einzigartigen Umstände" auf der koreanischen Halbinsel und der Wille der US-Regierung, Südkorea militärisch beizustehen, machten ein weitergehendes Verbot derzeit unmöglich, hieß es damals. [2] Nun hat Präsident Donald Trump diese Einschränkung aufgehoben und gibt den Streitkräften weitgehend freie Hand, davon Gebrauch zu machen. Die Kommandeure dürften in "außergewöhnlichen Umständen fortschrittliche, nicht permanente Landminen" einsetzen, hieß es. Diese Maßnahme solle dem "Militär die Flexibilität und die Fähigkeit geben, die es zum Sieg braucht".

Wie das Verteidigungsministerium erklärte, würden nur moderne Landminen eingesetzt, die einen Mechanismus zur Selbstzerstörung und einen zur Deaktivierung aus der Ferne besäßen. Es würden die "möglichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um Zivilisten vor Landminen zu schützen". Einmal aktivierte Landminen sollen sich demnach nach spätestens 30 Tagen selbst zerstören. Es sei allerdings zulässig, Gebiete oder Stützpunkte dauerhaft mit Minen zu schützen, die nach Bedarf aus der Ferne scharf gestellt werden können. Das Risiko sei gering, versicherte ein hoher Pentagon-Funktionär unter Verweis auf amerikanische Tests. Nur in sechs von einer Million Fällen komme es vor, daß die automatische oder ferngesteuerte Entschärfung fehlschlage. Auch müsse der Einsatz von einem Vier-Sterne-General beim Verteidigungsminister be-

antragt werden. "Wir reden nicht von den Landminen von früher, die wirklich Verheerungen ange richtet haben."

Der demokratische Senator Patrick Leahy, der sich seit langem gegen Antipersonenminen einsetzt, gab sich damit nicht zufrieden. Ein großes Problem an Minen sei, daß sie eigene Soldaten gefährdeten. Das gelte auch für moderne Varianten, denn auch sie könnten nicht zwischen Freund und Feind unterscheiden. Leahy und andere Politiker monierten, daß der Kongreß nicht konsultiert oder vorab informiert worden sei. Diese Argumentationsweise legt nahe, daß auch Demokraten vom Schlage Leahys im Grunde kein Problem damit haben, diese Waffen gegen feindliche Streitkräfte und die Zivilbevölkerung einzusetzen, sofern sie nur nicht zugleich die US-Truppen am Boden gefährden. [3]

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) erklärte, der Einsatz von Landminen, der bereits so viele Zivilpersonen getötet habe, sei "unter keinen Umständen und für kein Land gerechtfertigt". Nach den Worten des HRW-Waffenexperten Steve Goose stellten sich die USA mit dieser Neuregelung in eine Reihe mit Regimen und Terrorgruppen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich seien. Landminen würden zum Beispiel von Syrien, Myanmar und der Miliz Islamischer Staat (IS) genutzt. Zu den Ländern, die besonders von Landminen betroffen sind, gehören Afghanistan, Jemen, Angola, Kambodscha, Laos und der Irak.

Die neue Politik könne zum Todesurteil für unschuldige Men-

schen werden, erklärte Eva Maria Fischer, Handicap International Deutschland. "Es gibt Kriegshandlungen, die heute nicht mehr zulässig sind. Auch Supermächte dürfen bestimmte Waffen aufgrund des übermäßigen zivilen Leids, das sie verursachen, niemals einsetzen." Das Abschalten von Landminen nach einem Monat, wenn es denn überhaupt funktioniere, sei nicht ausreichend.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Niels Annen (SPD), bezeichnete die Entscheidung als einen schweren "Rückschlag für die langjährigen internationalen Bemühungen, diese tödliche Waffe zu ächten. Die USA wären gut beraten, ihre Entscheidung zu überdenken." Mit den Folgen des Einsatzes von Landminen hätten die betroffenen Staaten oft noch viele Jahre nach Ende von Feindseligkeiten zu kämpfen. "Auch deshalb bleibt Deutschland im Bereich des Minenräumens in vielen Staaten engagiert." Der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Stefan Liebich, erklärte, Landminen seien zu Recht weltweit geächtet, weil sie oft noch lange nach Konflikten vor allem Zivilisten, besonders Kinder, verletzten oder gar töteten. "Wer hier den entgegengesetzten Weg einschlägt wie Donald Trump, der ist ein schlechter Mensch, der nichts als Verachtung verdient." Der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff sagte: "Antipersonenminen gehören zu den heimtückischsten Waffen der Welt." Die Entscheidung Trumps sei somit "nicht nur grundfalsch, sondern auch ein fatales Signal an andere Länder". Die USA sollten davon Abstand nehmen. Der Grü-

nen-Außenexperte Jürgen Trittin äußerte sich ähnlich und warnte vor den Folgen. "Die Erlaubnis ist eine Ermunterung an alle Warlords und andere Kriegsverbrecher, wieder auf diese geächtete Waffe zu setzen", sagte er. [4]

Wie alle Kriege fordern auch jene unter Einsatz von Landminen den höchsten Blutzoll unter der Zivilbevölkerung. Expertenschätzungen zufolge führten Minen in den letzten 30 Jahren zum Tod von etwa einer Million Menschen. Davon waren 20 Prozent Kombattanten und 80 Prozent Zivilisten, die den Minen oft erst nach Beendigung des Konflikts zum Opfer fielen. Insgesamt sind rund 25 Prozent der Opfer Kinder, wobei generell von einer beträchtlichen Dunkelziffer auszugehen ist. Die verschiedenen Minentypen verursachen mannigfaltige Verletzungsmuster, typischerweise sind Füße und Beine, zumeist auch die Genitalien sowie das Gehör betroffen. Gerade die nicht als Sprengkörper erkennbaren oder besonders kleinen Minen stellen vor allem für Kinder eine große Gefahr dar, weil sie die Minen in Unkenntnis aufheben.

Nach dem UN-Landminenprotokoll muß die Position von verlegten Minen notiert werden. Eingebaute Selbstentschärfungsmechanismen sollen die Minen nach einer bestimmten Zeit automatisch entschärfen. In der Realität werden Minen jedoch oft unkontrolliert, hastig und ohne Plan verlegt. Von Luftfahrzeugen abgeworfene Minen verteilen sich unregelmäßig, teilweise über weite Strecken. Da sie oft Falldämpfer in Form von kleinen Fallschirmen oder aerodynamisch wirksamen

Flächen haben, können sie eine gewisse Strecke vom Wind getragen werden. Manche kriegsführenden Parteien setzen Minen auch gezielt gegen die Zivilbevölkerung ein, um eine Gegend unbewohnbar und Äcker und Weiden unbenutzbar zu machen oder schlicht Terror gegen die feindliche Bevölkerung zu üben. Hunger, Tod und lebenslange Verstümmelung Unschuldiger sind in diesen Fällen oft das Ziel und immer die Folge. Während herkömmliche Anti-Personen-Minen kostengünstig zu produzieren und leicht zu verstecken sind, ist ihre Räumung extrem gefährlich, langwierig und kostspielig.

Das erste internationale Abkommen zu Landminen war das Protokoll II der Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen von 10. Oktober 1980. Am 3. Mai 1996 wurde das Protokoll weiter ausgebaut, doch gingen die daraus resultierenden Restriktionen für viele Parteien nicht weit genug. Weltweiter Druck durch nichtstaatliche Organisationen und einige Regierungsvertreter führten am 3. Dezember 1997 im kanadischen Ottawa zur Unterzeichnung des Antipersonenminen-Verbotsvertrages, besser als "Ottawa-Konvention" bekannt, die seit dem 1. März 1999 als für die Vertragsparteien bindendes internationales Recht in Kraft ist. Mehr als 160 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, 39 Staaten bislang jedoch nicht, darunter Rußland, China, Indien, Pakistan, Iran, Israel, Nord- und Südkorea sowie die USA als einziges NATO-Mitglied.

Der Ottawa-Vertrag verbietet die Herstellung, Lagerung, den Ein-

satz und die Weitergabe von Treminen. Unter anderem schreibt die Konvention die Vernichtung von Lagerbeständen innerhalb von vier Jahren, die Räumung minenverseuchter Gebiete innerhalb von zehn Jahren sowie die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Minenopferhilfe vor. Allerdings wird auch die Ottawa-Konvention von vielen Stellen als unzureichend bezeichnet. Zwar ist die Benutzung und Herstellung von Antipersonenminen durch die Teilnehmerstaaten einzustellen, jedoch werden Antifahrzeugminen mit leicht auslösenden Zündern, welche faktisch als Antipersonenminen wirken, nach wie vor benutzt.

Weil nie zuvor eine Waffe aufgrund zivilgesellschaftlichen Engagements verboten worden war, wurde der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL) 1997 der Friedensnobelpreis verliehen. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, daß der vorübergehende Verzicht auf Landminen auch einer militärischen Ratio staatlicher Akteure geschuldet war. Da Minen sehr wenig kosten, sich leicht herstellen und rasch in großen Stückzahlen verlegen lassen, werden sie vor allem von Kriegsparteien eingesetzt, die keinen Zugang zu teuren Waffensystemen haben. Daher gelten sie zwar nicht ausschließlich, aber in besonderem Maße als Kampfmittel von Milizen. Für reguläre Streitkräfte, die mit Bodentruppen Regionen erobern und dauerhaft besetzen wollen, sind sie unter Umständen kontraproduktiv. So haben die USA zuletzt im Ersten Golfkrieg 1991 Landminen im Rahmen eines militärischen Konflikts eingesetzt. Dabei wurden rund

118.000 Gator-Landminen aus Flugzeugen abgeworfen. Über wie viele Landminen die USA derzeit verfügen, ist nicht bekannt, doch sind die Bestände offenbar nach den 2000er Jahren lange nicht mehr erneut worden.

Nachdem Trump angekündigt hatte, er werde den Handlungsspielraum der Militärs erheblich ausweiten, hatte sein erster Verteidigungsminister James Mattis bereits 2017 eine Überprüfung des Verbots angeordnet. Zur Einführung neuer Atomwaffen und Mittelstreckenraketen gesellt sich nun eine höherentwickelte Generation von Landminen. Sollten die in Aussicht gestellten Fähigkeiten der

Aktivierung und Deaktivierung zu treffen, könnte dies der technologische Türöffner eines Einsatzes ohne Gefährdung der eigenen Bodentruppen sein. Neben der grundsätzlichen Position, auf keine Waffe zu verzichten, die auch der Gegner einsetzen könnte, dürfte das Kalkül eines vermeintlich kontrollierbaren Einsatzes von Landminen eine maßgebliche Rolle bei der Aufhebung ihres Einsatzverbots durch den US-Präsidenten gespielt haben.

Anmerkungen:

[1] www.zdf.de/nachrichten/politik/trump-landminen-militaer-100.html

[2] www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_87260736/donald-trump-us-militaer-kann-wieder-weltweit-landminen-einsetzen.html

[3] www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/warum-donald-trump-obamas-landminen-verbot-aufhebt-16611874.html

[4] www.rnd.de/politik/nach-landminen-entscheidung-trump-ist-ein-schlechter-mensch-EFF5JS3KNRGJHPW456IH4GK5VM.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1762.html>

POLITIK / MEINUNGEN

Brasilien - christlich-koloniale Vorherrschaft ...

"Wenn ich gewählt bin, werde ich FUNAI einen Schlag versetzen. Einen Schlag in den Nacken. Es gibt keinen anderen Weg. Sie ist nicht mehr nützlich."
(Jair Bolsonaro, August 2018 [1])

Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro will ausgerechnet einen evangelikalen Missionar zum Leiter der Abteilung für unkontaktierte Völker bei der Indigenen-Behörde FUNAI ernennen. Jener Missionar gehört einer besonders aggressiv missionierenden Richtung unter den Evangelikalen an, die es speziell auf die Bekehrung unkontaktierter Völker abgesehen hat.

Die Ernennung wäre der vorläufige Höhepunkt einer breit angeleg-

ten Vernichtungswelle indigener Völker, ihrer Kulturen und ihres Lebensraums seit dem Amtsantritt des offen rassistischen Präsidenten in Brasilien. Der hatte erst kürzlich in seinem wöchentlichen Facebook-Video den Indigenen jegliche Menschlichkeit abgesprochen, indem er erklärte: "Mit Sicherheit haben sich die Indigenen verändert und weiterentwickelt. Sie sind immer mehr menschliche Wesen wie wir." [2]

So "menschlich" zu sein wie Bolsonaro, heißt, die Folter der brasilianischen Militärdiktatur (1964 - 1985), den Genozid an der ursprünglichen Bevölkerung Nordamerikas durch die weißen Invaso-

ren, Übergriffe gegen Menschen mit anderen als den heteronormativen sexuellen Neigungen, aber auch allgemein gegen Frauen und Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe und viele Grausamkeiten mehr gutzuheißen. Auf diese Art der Menschlichkeit können die Indigenen sicherlich gut verzichten. Es wäre nicht verwunderlich, sollte bei ihnen der Zorn so stark anwachsen, daß sie bei Gelegenheit Bolsonaros Menschlichkeit auf ihn selbst anwenden ...

Der seit dem 1. Januar 2019 in Brasilien regierende Hauptmann der Reserve von der Sozialliberalen Partei (PSL - Partido Social Liberal) vollendet die Unterwerfung

der ursprünglichen Bevölkerung Südamerikas durch die (katholischen) Konquistadores, die vor Jahrhunderten begann und von Anfang an von Zwangsbekehrungen begleitet war, indem er dem evangelikalen Ricardo Lopez Dias einen einflußreichen FUNAI-Posten zuschanzt. Der Missionar ist seit vielen Jahren für die New Tribes Mission (NTM) - heute Ethnos360 genannt - tätig.

Auf der Internetseite des deutschsprachigen Ablegers von Ethnos360 ist unter der Rubrik "Unser Anliegen" zu lesen: "Weltweit gibt es rund 10 000 Volksgruppen. Davon sind mehr als 4000 Volksgruppen unerreicht. Zusammen mit der Gemeinde möchten wir Mitarbeiter zu den Volksgruppen senden, die das Evangelium bisher noch nicht hören konnten, damit zur Ehre Gottes eine reife Gemeinde für jede Volksgruppe entstehen kann." [3]

Sollte Dias den Job erhalten, bleiben die unkontaktierten Völker nicht mehr lange unkontaktiert. Die Nichtregierungsorganisation Survival International bezeichnet die geplante Ernennung eines NTM-Missionars für eine FUNAI-Abteilungsleitung als "Akt der Aggression" und Bolsonaros jüngsten Plan, indigene Gebiete für Bergbau und Entwicklung zu öffnen, als "mörderisch". [4]

Der politische Rechtsschwenk der brasilianischen Gesellschaft seit dem kalten Putsch von Bolsonaros Vorgänger Michel Temer ist kein singuläres Ereignis, weder innerhalb Südamerikas noch in der übrigen Welt. Er hat mit der Schwäche der früher regierenden und dann von der Macht geputschten Arbeiterpartei (PT - Partido dos

Trabalhadores), trotz ihrer Erfolge in der Armutsbekämpfung, zu tun sowie mit dem allgemeinen politischen Umfeld Südamerikas. Das wird seit einigen Jahren von dem erstarkten rechten Konter gegen die boliviarische Revolution seit dem Tod von Hugo Chávez, des ehemaligen Präsidenten Venezuelas, im Jahr 2013 bestimmt. Der Rechtsschwenk wird aber auch von dem Vormarsch verschiedener evangelikaler Organisationen getragen.

In Brasilien setzte die Entwicklung weg vom Katholizismus bereits in den 1970er Jahren ein und erlebte unter dem im Mai 2016 im Fluß Jordan äußerst medienwirksam evangelikal getauften Jair Bolsonaro, der mit zweitem Vornamen ausgerechnet Messias heißt, einen kräftigen Aufschwung. Claudia Zilla von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) schrieb dazu im vergangenen Jahr:

"Allgemein ist in Brasilien unter der Präsidentschaft von Jair Messias Bolsonaro die Demarkationslinie zwischen Politik und Religion durchlässiger geworden. Bereits als Präsidentschaftskandidat profitierte Bolsonaro wie kein anderer von der Unterstützung eines Großteils der evangelikalen Wählerschaft; heute genießt er weiterhin überproportional hohe Zustimmungswerte in dieser Gesellschaftsgruppe." [5]

Mit seiner Aggression gegen die Indigenen bedient Bolsonaro die Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, die auch personell in seinem Kabinett vertreten sind: Die Evangelikalen vom Schlage Dias' sehen in den Indigenen leere Gefäße, die es mit der frohen Botschaft zu füllen gilt,

um Gottes Werk zu vollenden. Die Bergbaukonzerne und Großgrundbesitzer sehen in ihnen lästige Hindernisse beim Versuch, neue Rohstofflagerstätten zu erschließen und Latifundien zur Rinderweidhaltung, Anbau von Agrarerzeugnissen (Soja) und dem Anlegen von Plantagen für Agrospritpflanzen (Zuckerrohr, Palmen, Eukalyptus) auszudehnen. Die Technokraten in Bolsonaros Regierung wiederum sehen sich durch den Sonderstatus der indigenen Völker, die weniger als 1% der Bevölkerung ausmachen und auf 13% der Landesfläche in indigenen Schutzgebieten (Terra Indigena) leben, daran gehindert, Staudämme, Verkehrswege und andere Infrastruktureinrichtungen zu bauen.

Den indigenen Völkern Brasiliens droht nun der letzte Schritt einer Unterwerfung, die vor Jahrhunderten einsetzte und schon immer darauf abzielte, Menschen aus ihrem angestammten Lebensraum zu vertreiben und von ihrer Kultur zu entfremden, um ihr Land, die von ihnen besetzten Ressourcen und nicht zuletzt ihre Arbeitskraft für sich verfügbar zu machen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.survivalinternational.de/artikel/3542-bolsonaro>

[2] <https://www.derstandard.de/story/2000113723107/jair-bolsonaro-faellt-wieder-mit-rassistischen-aussagen-auf>

[3] <https://ethnos360.de/uber-uns/>

[4] <https://www.survivalinternational.de/nachrichten/12329>

[5] <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S26/>

POLITIK / UNO / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Flucht vor Klimawandel von UN als Asylgrund anerkannt

von Robert Manoutschehri, Neue Debatte, 2. Februar 2020

Erstmals erklärte der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (das UN Human Rights Committee) [1], dass Länder keine Personen ausweisen dürfen, die aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels aus ihrer Heimat flüchten und im Ausland um Asyl ansuchen.

Das Recht auf Leben in Würde

Der Ausschuss gelangte zu dem Schluss, dass durch den Klimawandel verursachte Schäden sowohl durch plötzliche Ereignisse (wie starke Stürme und Überschwemmungen) als auch durch langsame Prozesse (wie Anstieg des Meeresspiegels, Versalzung und Landverschlechterung) verursacht werden können und sowohl plötzliche Ereignisse als auch langsame Prozesse Menschen dazu veranlassen können, Grenzen zu überschreiten, um Schutz vor Schäden im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu suchen.

Wer deshalb einen Asylstatus beantragt, für den entfällt darüber hinaus auch die Pflicht, einen Nachweis zu erbringen, in seinem Heimatland unmittelbar geschädigt oder bedroht zu sein.

Der Menschenrechtsausschuss (MRR) stellte fest, dass die Auswirkungen des Klimawandels ei-

ne "Nichtzurückweisungsverpflichtung der Empfangsstaaten auslösen können"; etwa angesichts der Gefahr, dass ein ganzes Land unter Wasser gerät. Die Lebensbedingungen in einem solchen Land können mit dem Recht auf ein Leben in Würde unvereinbar werden, sogar bevor das Risiko erkannt wird.

In its first ruling on a complaint by an individual seeking asylum from the effects of climate change, the UN Human Rights Committee has stated that countries may not deport individuals who face climate change-induced conditions that violate the right to life. United Nations; 21. Januar 2020 [2]

Die internationale Gemeinschaft und die 172 Staaten, welche den "Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte" mitunterzeichnet haben, müssen bei der Unterstützung der vom Klimawandel betroffenen Länder eine verantwortungsbewusste Rolle spielen.

Versinkende Inseln als Asylgrund

Hintergrund des Beschlusses war die an den MRR verwiesene Beschwerdeklage von Ioane Teitiota und seiner Familie aus dem von Asylantrag wurde 2015 in Neuseeland abgelehnt.

Teitiota argumentierte in seiner Beschwerde, dass die Auswirkungen des Klimawandels Kiribati für alle seine Bewohner unbewohnbar gemacht hätten, woraufhin es zu gewaltsamen Landstreitigkeiten kam, weil das bewohnbare Land immer knapper wurde. Außerdem sei die Süßwasserversorgung durch die Verseuchung mit Salzwasser praktisch nicht mehr gegeben.

Der Ausschuss stellte zwar fest, dass die neuseeländischen Gerichte in diesem speziellen Fall richtig entschieden hätten, da in Kiribati ausreichende Schutzmaßnahmen getroffen worden seien. "Dennoch", sagte Komitee-Experte Yuval Shany [4], "setzt dieses Urteil neue Maßstäbe, die den Erfolg künftiger Asylanträge im Zusammenhang mit dem Klimawandel erleichtern könnten".

Dieses Urteil markiere die erste Entscheidung eines Menschenrechtsorgans der Vereinten Nationen, dass das Ansuchen um Asyl vor den Auswirkungen des Klimawandels prinzipiell gerechtfertigt ist.

Kurswechsel in der Klima- und Asylpolitik

Klimawandelfolgen gehören weltweit zu den häufigsten Fluchtursachen oder sind zumindest

mitverantwortlich für Armut, Hunger und kriegerische Konflikte. Jedes Jahr fliehen fast doppelt so viele Menschen vor Umweltkatastrophen wie vor Krieg. Denn es sind nicht nur die direkten Auswirkungen des Klimawandels wie Dürren, Überflutungen und unfruchtbarer Boden, die viele Menschen zu Abwanderung und Migration zwingen.

Durch Desertifikation gehen jährlich bis zu 120.000 Quadratkilometer [5] fruchtbaren Bodens verloren. Dem steigenden Meeresspiegel in Kombination mit verheerenden Sturmfluten fielen erst jüngst die ersten Gebiete zum Opfer.

Als wäre dies nicht schrecklich genug, wird dort, wo lebenswichtige Ressourcen knapp werden, nutzbares Land oftmals auch noch in großem Stil von Konzernen aufgekauft und der Allgemeinnutzung entzogen. So wird der Klimawandel zum Vorläufer für soziale Konflikte. Wenn Wasser und fruchtbares Land immer knapper werden, eskalieren diese auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

2015 mussten deshalb rund 20 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Bis zum Jahr 2050 könnten es bereits 200 Millionen Menschen sein. Werden die Pariser Klimaziele von der Weltgemeinschaft verfehlt, wird sich bis zum Ende des Jahrhunderts bereits rund ein Viertel der gesamten Menschheit auf der Suche nach einer neuen, noch bewohnbaren Heimat befinden, so die Prognosen.

Eine Kategorisierung als "Umwelt-Flüchtling" gab es bislang

aber nicht einmal in der Genfer Flüchtlingskonvention [6]. Wenigstens dies könnte sich nun ändern.

Über den Autor

Robert Manoutschehri ist Fotograf, Journalist, Texter und Grafikdesigner aus Österreich. Er engagiert sich ehrenamtlich für zahlreiche Bürgerinitiativen und NGO's und berichtet regelmäßig über die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent und die weltweiten Auswirkungen des Klimawandels. Er lebt in Wien.

Anmerkungen:

[1] <https://www.ohchr.org/en/hrbodies/ccpr/pages/ccprindex.aspx>

[2] <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25482>

[3] Kiribati ist eine Inselrepublik im zentralen Pazifik. Sie besteht aus 33 Korallenatollen und Inseln entlang des Äquators.

[4] <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25482>

[5] <https://www.derstandard.at/story/2000065489146/knappheit-entsteht-in-afrika-nicht-nur-durch-klimawandel>

[6] <https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/unser-mandat/die-genfer-fluechtlingskonvention>

Der Artikel "Flucht vor Klimawandel von UN als Asylgrund anerkannt" wurde erstveröffentlicht im Meinungsmagazin Neue Debatte:

<https://neue-debatte.com/2020/01/23/flucht-vor-klimawandel-von-un-als-asylgrund-anerkannt/>

Der Schattenblick dankt der Redaktion der Neuen Debatte für die Nachdruckgenehmigung.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/uno/punm0344.html>

Kooperationspartner



poonal

Pressendienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.dee>



Pressenza

Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

MEDIEN / FAKTEN / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Kurzfassung des Dokumentarfilms "Der Anfang vom Ende der Atomwaffen"

Nachricht vom 1. Februar 2020

Berlin - 01.02.2020. Eine Kurzfassung des Dokumentarfilms "Der Anfang vom Ende der Atomwaffen" [1], der unter der Regie des Spaniers Álvaro Orús [2] und von Tony Robinson für Pressenza produziert wurde, ist erschienen.

Es handelt sich dabei um eine 12-Minuten-Version und wird in den verschiedenen Sprachen [3] (Spanisch, Englisch, Japanisch, Französisch, Italienisch, Deutsch, Griechisch und Schwedisch) in einem offenen Format verfügbar sein.

Darüber hinaus steht neu eine 31-Minuten- und die ursprüngliche 56-Minuten-Version jeder Person oder Gruppe zur Verfügung, die diesen Film als Lehr- oder Informationsmaterial über Atomwaffen, die aktuelle Situation bezüglich der Gefahr ihres Einsatzes und die Notwendigkeit, sie zu beseitigen, verwenden möchte (E-Mail für Anfragen [4]).

Und als ersten Schritt in diese Richtung will der Film auch auf die Bedeutung der Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (NPT) durch die verschiedenen Regierungen aufmerksam machen.

Der Dokumentarfilm "Der Anfang vom Ende der Atomwaffen" wurde in verschiedenen Ländern gezeigt und auf mehreren Festivals ausgewählt, nachdem er den Preis beim Accolade Global Film Competition [5] erhalten hatte.

Kurzfassung des Films:
<https://youtu.be/PyXOJEiU9kU>

Anmerkungen:

[1] <http://theendofnuclearweapons.com/languages/der-anfang-vom-ende-der-atomwaffen/>

[2] <https://www.pressenza.com/de/2019/10/es-gibt-keine-rechtfertigung-mehr-fuer-atomwaffen/>

[3] <http://theendofnuclearweapons.com/languages/der-anfang-vom-ende-der-atomwaffen/>

[4] redaktion.berlin@pressenza.com

[5] <http://theendofnuclearweapons.com/2019/08/23/prizewinner-at-the-accolade-global-film-competition/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfam1051.html>

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag

Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe

- fassen, lesen und begreifen -

- 1 POLITIK - WIRTSCHAFT:
Argentinien - "Nein zu den illegitimen, illegalen und verhassten Schulden" (poonal)
- 3 POLITIK - AUSLAND:
Kolumbien - "Es zeichnet sich eine humanitäre Krise ab" (poonal)
- 5 POLITIK - REDAKTION:
Jemen - imperiale Muskelspiele ...
- 6 SCHACH-SPHINX:
Königsindische Trumpfkarte
- 7 POLITIK - KOMMENTAR:
Landminen - USA baut militärische Konsequenzen aus ...
- 10 POLITIK - MEINUNGEN:
Brasilien - christlich-koloniale Vorherrschaft ...
- 12 POLITIK - UNO:
Flucht vor Klimawandel von UN als Asylgrund anerkannt (Pressenza)
- 14 MEDIEN - FAKTEN:
Kurzfassung des Dokumentarfilms "Der Anfang vom Ende der Atomwaffen" (Pressenza)
- 16 DIENSTE - WETTER:
Und morgen, den 04. Februar 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. Februar 2020

Vorhersage für den 04.02.2020 bis zum 05.02.2020



© 2020 by Schattenblick

Februarbeginn,
Wechselhimmel,
in Jean-Lucs Sinn,
Birkenschimmel.